

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibenscherereien und Glasereien, in Papier- und Stuckbetrieben, für Althaltler und die Arbeiter im Straßenbau, Holzerz., Fälschler, Ofenbauer, Steinholzer und Terrazzoarbeiter

Preis: 10 Pfennig. Sonntags-Beilage: 15 Pfennig. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Abos: Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7. Börsenstr. 7650, 7651, 6240. Postfach, Berlin SW 6232

Verantwortl. Red.: Dr. Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentral-Verwaltungsbüro nach Carlstr. 10, Berlin SW 11.

Aufhebung der Lohndruckverordnung — Her mit Arbeit!

Nachdem der Reichstag den sozialpolitischen Teil der Verordnung vom 4. September aufgehoben hatte, hat nunmehr die Reichsregierung auch die Lohndruckverordnung vom 5. September aufgehoben. Die generelle Auslauffrist der Lohndruckverordnung ist auf den 31. Dezember d. J. festgesetzt, jedoch kann in Einzelfällen, in denen in einem Betriebe auf Grund der jetzigen Löhne Aufträge vorliegen, aus deren Nichtausführung Schaden erwächst, auf Antrag beim Schlichter die Frist bis zum 31. Januar 1933 verlängert werden. Für die Fälle aus dem zweiten Teil der Verordnung, in denen es sich um „gefährdete Betriebe“ handelt, ist die Auslauffrist ebenfalls auf den 31. Januar 1933 festgesetzt.

Damit ist das durch die Papen-Regierung durchlöcherter Tarifrecht wieder hergestellt. Nicht zuletzt ist dies der Initiative unserer Gewerkschaften zu danken. Zu der offenen und empörtten Aufhebung gegen diesen ebenso brutalen wie wirtschaftsschädigenden Einbruch in das Tarifrecht trat die von den Gewerkschaften stark beeinflusste öffentliche Meinung. Immer mehr bricht sich nicht nur in Arbeiterkreisen die Ueberzeugung Bahn, daß die ersehnte Hebung der Wirtschaft nur der Preis für den Preis der Arbeitsbeschaffung sein kann. Die wirtschaftliche Lage ist so düster, daß nur rasche und wirkungsvolle kurzfristige Profitlägerel verbürgt. Jetzt aber muß es gelten, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Der Tariflohn muß auch bei Notstands- oder sogenannten Ergänzungsarbeiten alle Art der regelmäßigen Entlohnungsform werden. Und damit kommen wir zu dem brennenden Problem der öffentlichen Arbeitsbeschaffung.

Ueber in Aussicht genommene Arbeiten aus Reichsmitteln berichten wir an zweiter Stelle. Hier sei besprochen die Aufgabe des neu eingesetzten Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. Mit der bloßen Ernennung dieses Kommissars darf es unter keinen Umständen abgetan sein. Wir wollen Fakten sehen! Was bisher an Arbeit in Aussicht gestellt ist, genügt nicht. Nicht Hunderttausende, sondern Millionen schreiben nach Arbeit, nicht zuletzt die Bauarbeiter, die auch im Jahre 1932 unter maßloser Arbeitslosigkeit gelitten haben und noch leiden. In der „günstigsten“ Jahreszeit standen im Höchstfalle nur etwa 23% von ihnen in Arbeit. Viele Bauarbeiter sind seit Jahr und Tag von jedweder Bauarbeit ausgeschlossen. Der in unserem nächsten Aufsatz behandelte, von der Reichsregierung in Angriff zu nehmende Arbeitskomplex allein genügt nicht; Arbeitsbeschaffung allergrößten Ausmaßes ist das Erfordernis der Stunde! Wir haben jetzt einen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung. Heran, Herr Cereke, erfüllen Sie die Ihnen zustehende Pflicht! Die Privatwirtschaft verweigert Sie verweigert trotz aller Steuergutscheine und Einstellungsprämien. Sie muß versagen, weil heutzutage der Grad der Produktion leider nicht vom Bedarf, sondern von der Abnahmefähigkeit bestimmt wird. Unter diesen Umständen aber muß im Staatsinteresse die öffentliche Hand eingreifen. In möglichst großem Ausmaß sind Arbeitskräfte anzubringen. Dies führt zur Markterweiterung, zur Verbrauchssteigerung und erzeugt damit wieder neue Arbeitsmöglichkeiten.

Doch nun noch einige Worte zur Entlohnungsfrage. Reichstag und Schleicher-Kabinett haben das Tarifrecht wieder hergestellt. Dieses Tarifrecht muß unter allen Umständen auch Geltung haben bei allen öffentlichen Arbeiten. Die Tariflöhne sind heute so niedrig gehalten, daß es in dieser Richtung weder ein „Wenn“ noch ein „Aber“ geben darf. Durchgehend müssen die Tariflöhne richtunggebend sein für jede

Entlohnungsform. Die dadurch entstehende verbesserte Kaufkraft käme allen, nicht zuletzt auch der Landwirtschaft zugute. Die tarifmäßige Entlohnung ist eine Grundbedingung für den Erfolg öffentlicher Arbeitsbeschaffung.

Und dann: Endlich her mit der Vierzigstundenswoche! Möglichst viele sollen beschäftigt werden. Und die Forderung der Vierzigstundenswoche ist wahrhaftig mehr als bescheiden. Sie ist eine unumgänglich notwendige Mindestforderung. Nach dem Stande und dem weiteren Verlauf der technischen Entwicklung ist die Vierzigstundenswoche bereits überholt. Wir könnten sie nur werten als eine vorläufige Abfindung auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung für spätere Zeiten. Also her damit! Und nicht nur bei Notstands- oder Ergänzungsarbeiten, sondern überall, vor allem auch in allen öffentlichen Betrieben!

Komme uns keiner damit, für eine umfassende Arbeitsbeschaffung fehle es an Mitteln. Wir haben in den letzten Monaten vorzüglichen Anschauungsunterricht genossen. Wir haben gesehen, in welcher weitherzigen — um nicht zu sagen leichtfertigen — Weise den Subventionen der Reichsregierung nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Herren von der grünen Front mit Reichsmitteln unter die Arme gegriffen worden ist. Das geht weit in die Milliarden. Für die Arbeiter und Angestellten aber hatte man bisher nur Lohnabbau, Rentenquerscheren und Unterfütterungsraub jeder Art in petto. Mit solchen Methoden muß endlich Schluss sein! Hier gilt es, den Armen, den verarmten, den verzweifelt Sterbenden zu helfen! Erinnerung sei nur an die nicht ausgenutzten Steuergutscheine. Schon diese Summe, für zusätzliche Arbeitsbeschaffung verwandt, würde weit größeren

Segen stiften, als wenn sie in den tiefen Taschen profitglühender Unternehmer verschwänden. Werdet gründlich eure Auffassung in dieser Richtung, ihr Herren im Reichskabinett! Man schweige sich auch nicht, den Gemeinden die Möglichkeit zur Kreditbeschaffung für öffentliche Arbeitsbeschaffung zu geben. Das Wohl der Volksgemeinschaft steht höher als das Wohlergehen habgieriger diverser Interessentengruppen...

Heran, Herr Reichskommissar, ans Werk! Heran mit Ihrem Programm! Denken Sie aber dabei in erster Linie an die Bauwirtschaft! Haus-, Straßen- und Brückenreparaturen, Siedlungen und Kleinwohnungen müssen in weitaus gehendem Maße in Angriff genommen werden. Nur über die Arbeitsbeschaffung auf dem Baumarkte geht der Weg zur Eindämmung der Wirtschaftskrisis! Ans Werk, Herr Reichskommissar! Und treten Sie energisch jenen Wirtschaftszweigen entgegen, die bei solchen Gelegenheiten mit Vorliebe von einer Inflation quaken und mit erhobenem Warnungsfinger hinweisen auf die Defizits in den öffentlichen Haushalten, die immer wieder zernern, durch öffentliche Arbeitsbeschaffung werde die sich anbahnende natürliche Wirtschaftskrisis vorweggenommen. Solchen Unkenrufen liegt nur zugrunde die engstirnige Angst um das heilige Profitorientierte bestehender Kreise. Ans Werk, Herr Reichskommissar! Und Sie, Herr Reichskanzler, stützen Sie ihn! Stehen Sie zu Ihrer im Rundfunk abgegebenen Versicherung, daß alle durch die Reichsregierung in den nächsten Monaten zu treffenden Maßnahmen mehr oder weniger der Arbeitsbeschaffung dienen sollen! Der Worte sind nun wahrhaftig genug gewechselt! Schaffen Sie Arbeit! Die Arbeiter schreien nach Brot!

Arbeitsbeschaffung aus Reichsmitteln.

Nach Veröffentlichungen der Reichsregierung und sonstigen offiziellen Versicherungen sollen aus Reichsmitteln für einzelne Bauarbeiten die nachstehenden Beträge bereitgestellt werden:

Für Straßenbauten	100 Mill. Mark
Für Meliorationen	45 „ „
Für Wasserstraßen	50 „ „
Für landwirtschaftliche Siedlung	50 „ „
Für vorstädtische Kleinliegenschaften (bisher 73 Millionen Mark verwandt)	10 „ „
Für Instandsetzung von Altmwohnungen und Teilung von Großwohnungen	50 „ „
Für Eigenheimbauten	20 „ „
Für öffentliche Arbeiten von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten bereitgestellt	50 „ „
Für den Wohnungsbaubau aus der produzierten Eisenbahnen für die Eisenbahnen	5 „ „
Steuergutscheine für großstädtische Instandsetzung des Hausbestandes im Wert von 340 bis	400 „ „
von der Reichsbahn für Bauzwecke	180 „ „
von der Reichspost (insgesamt, nicht allein für Bauzwecke)	ca. 60 „ „

Zu dieser Tabelle sei bemerkt, daß von den 180 Millionen Mark der Reichsbahn genau betrachtet auf 50 Millionen Mark eine Summe von etwa 75 Millionen Mark anfallen dürften. Der größere Teil der Summe entfällt auf Ausgaben für Eisenbahnmaterial. Dagegen können noch hinzu Beträge für den freiwilligen Arbeitsdienst. Für diese Zwecke sind bisher allerdings bereits 45 Millionen Mark ausgegeben worden. Die von den Gemeinden noch auszumachenden Gelder zur Beschäftigung von Fürsorgearbeitern sind in ihrer Höhe natürlich ungenügend, sie dürften auch angesichts der bekannten finanziellen Not in den Gemeinden nur kümmerliche Summen darstellen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichswasserstraßen-Verwaltung sieht unter anderen folgende Ausgaben vor:

- a) ostpreussische Wasserstraßen 1 630 000 Mark;
- b) Obergebiet 7 189 500 Mark, davon für die obere Oder rund 2 Mill. Mark, für die mittlere Oder 4,6 Mill. Mark;

c) für die Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder 6 306 000 Mark, davon 4,2 Mill. Mark für die Verbesserung der Vorflut- und Schiffahrtsverhältnisse an der Havel;

d) Elbstromgebiet 7 856 000 Mark, davon 1,3 Mill. Mark für die Bietlospferre, rund 0,8 Mill. Mark für den Elbedurchbruch am kurzen Wurf und 0,9 Mill. Mark für Stromverbesserungen bei Barföbe;

e) für das Gebiet zwischen Rhein und Elbe 14 563 000 Mark, 1. für Arbeiten an Rheinflotum 1,9 Mill. Mark; Ems-Kanal 3,15 Mill. Mark;

2. für den Rhein-Herne-Kanal und Lippe-Kanal 114 000 Mark;

3. für den Ems-Weser-Kanal 754 000 Mark;

4. für den Weser-Elbe-Kanal 8,72 Mill. Mark, davon 4,8 Mill. Mark für die Fertigstellung des Mittelkanals;

5. für das Wesergebiet bis Bremen rund 1,8 Mill. Mark;

f) für das Rheingebiet 11 978 000 Mark, hieron:

1. für Arbeiten an dem Rheinflotum 1,9 Mill. Mark;

2. für Arbeiten am Neckar 3,9 Mill. Mark, darunter 1,6 Mill. Mark für den Schleusendurchbruch bei Gultenbad am Neckar;

3. für den Main 6 081 000 Mark, davon 2,8 Mill. Mark für den Ausbau der Schleusenanlage bei Faustach am Main und 2,4 Mill. Mark für das Straßwerk Erlabrunn;

g) für das Donaugebiet 1 653 000 Mark, davon für Verbesserung des Donauweges zwischen Regensburg und Passau rund 1,4 Mill. Mark;

h) für Seemasserstraßen 5 620 000 Mark, davon für das Elbgebiet unterhalb Popenburg 2,1 Mill. Mark, für das Wesergebiet unterhalb Bremen 0,4 Mill. Mark, für das Elbgebiet unterhalb Hamburg 1,7 Mill. Mark, und für das Obergebiet unterhalb Sletfin 0,75 Mill. Mark.

Unberührt von diesem Programm ist das Programm des vom Schleicher-Kabinett eingesetzten Reichskommissars Cereke für die in unsern Leitartikeln erwähnte öffentliche Arbeitsbeschaffung. Wir ermarken und fordern nochmals, daß die von Papen-Kabinett ausgemerkten 700 Mill. Mark für Einstellungsprämien, wovon noch etwa 600 Mill. Mark

vorhanden sein sollen, trotz des Gegenschreies der Krupp- und Konfusen unbedingt für öffentliche Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Und wir bekamen nochmals, daß bei diesen Arbeiten und auch bei den obengenannten Bauarbeiten verschiedene Art unter allen Umständen der Tariflohn als Entlohnung zu gelten hat. Wir erwarten ferner, daß das hier aufgeführte Programm neben dem

Gesetz-Programm in vollem Maße Erfüllung findet und nicht auch nur feilweise zu blauem Dunst wird. Wenn wir ferner beanpruchen, daß zu all diesen Arbeiten in der Hauptlage geübte Bauarbeiter verwendet werden, so ist dies vollkommen gerechtfertigt aus wirtschaftlichen Erparnisgründen und angesichts der großen Not, in der sich unsere baugewerblichen Kollegen befinden!

Vom „Berufsethos“ im FVd.

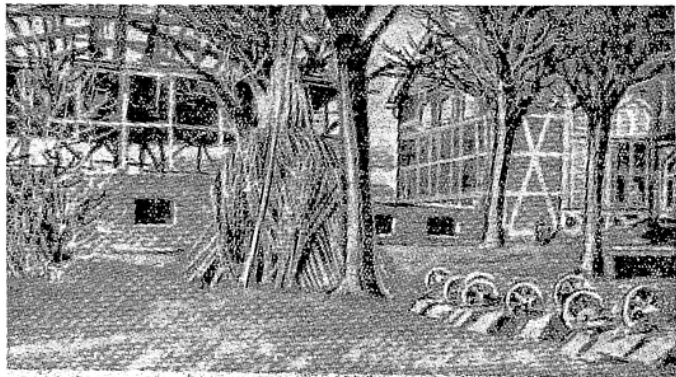
Gegenüber unsern Feststellungen in der vorigen Nummer darf man wohl erkaunt darüber sein, daß auch Parzellierungen oftmals entzündete Mispflanzen über den Arbeitsdienst bringen. In einem Reporterbericht hieß es kürzlich einleitend: „Es ist der Sinn des FVd., junge Menschen aus ihrem unfreiwilligen Nichtstun herauszunehmen und einer Beschäftigung zuzuführen, die sinn- und zweckvoll ist und doch den auf Arbeit, Lohn und Brot Wartenden keine bezahlte Arbeit wegnimmt.“ — Bei den Arbeiten, denen solche schönen Worte vorausgeschickt wurden, handelt es sich um eine Arbeitsdienst-„Maßnahme“ in Form i. d. E. Eine auch nur oberflächliche Betrachtung der dortigen Arbeit zeigt sofort die innere Sphäre der ihr gewidmeten Einleitungsparole. In Form wird im Wege des FVd. das Fließbett der Reize in den Stand gesetzt, zu jeder Jahreszeit alle anströmenden Wasserläufe aufnehmen zu können. Bisher wurde die niedrig gelegene Stadt Forst vielfach im Frühjahr sowie nach Wolkenbrüchen überflutet. In den Kellern der Fabriken lagern große Mengen Rohstoffe und Fertigfabrikate, die bei den Ueberschwemmungen verborben sind. Ingeheuer soll der Schaden der Fabrikanten gewesen sein. Eine Möglichkeit, das Fließbett aus städtischen Mitteln regulieren zu lassen, bestand nicht. Deshalb wird der FVd.

Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß dies Haus in das Privatigentum des Hotelbesizers übergeht — oder ihm sogar schon gehört — ist zwischen seinem Altgebäude und dem neuen Gebäude bereits ein gemauerter Gang als Verbindung hergestellt worden. Fachleute schätzen den bei dieser „Maßnahme“ nötigen Verbrauch von Mauersteinen auf etwa 70 000. Der Geschäftsführer des Kirchlichen Jugendamts meinte allerdings, es seien „nur“ 30 000. Die „Baracke“ ist bereits jetzt schon mit dem übrigen Beschäftigten verbunden worden, sie erhielt eine Zentralheizung, die fest verbunden angegeschlossen ist.

Das ist wieder ein Beispiel, wo trotz der wiederholten Beteuerungen des Reichskommissars für den FVd. eine ausgeprochene Hochbauarbeit den Bauarbeitern als Unterhaltungsquelle entzogen worden ist. Der Ort der Aufstellung der Baracke soll sogar auf ausdrücklichen Wunsch des Arbeitsamts Städte bestimmt worden sein. Im ganzen handelt es sich hier um ein Objekt im Werte von etwa 50 000 M mit rund 30 000 Tagewerke.

Ueber unzulässige Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei Facharbeiten an Gemeindebauten muß eben-

auch hier „zum Wohle der Allgemeinheit“ eingeleitet. Zum Wohle der Allgemeinheit? Jeder weiß, daß die Fabriken in Forst und die in den Kellern lagernden Rohstoffe nicht der Allgemeinheit gehören, sondern Privateigentum der Textilindustriellen sind. Den Vorteil und den Nutzen aus den von den Arbeitsdienstwilligen zu bewegnenden 175 000 Kubikmeter Boden im Fließbett der Reize haben in erster Linie die Fabrikanten. Ihre Sache wäre es gewesen, für die in ihrem eigenen Interesse liegende Arbeit Mittel zu beschaffen, sich also selbst an eigener



Das ist wieder ein Beispiel, wo trotz der wiederholten Beteuerungen des Reichskommissars für den FVd. eine ausgeprochene Hochbauarbeit den Bauarbeitern als Unterhaltungsquelle entzogen worden ist.

verwaltung in die Lage versetzen müssen, die Fließbettarbeiten als eine volkswirtschaftlich dringend notwendige Arbeit von Arbeitern des freien Arbeitsmarktes ausführen zu lassen. Stattdessen wurde wieder einmal den auf Lohn und Brot Wartenden Arbeit wegenommen! Das Beispiel Forst zeigt zugleich, wie sehr die Begriffe gemeinnützig oder privatnützig, zusätzlich oder gewerblich durcheinander gekommen sind.

In besonders markanter Weise schanzte der „freiwillige“ Arbeitsdienst in Krautland an der Unterelbe Privatinteressen Vorteile zu. Eines Tages kamen auf diese Elbinsel Arbeitsdienstwillige und begannen eine in Privatbesitz befindliche Anlagegrube zu verbreitern und eine „Baracke“ auszubauen. Träger der einen Arbeit ist die Gemeinde Krautland und der Stahlhelm, Träger der zweiten Arbeit das Kirchliche Jugendamt Hamburg. Auch dieses Amt macht in „Berufsethos“. Es bemüht sich um Projekte des FVd. und bekam „Maßnahmen“ auf Krautland zugewiesen. Wie wenig aber die Projekte im Interesse des allgemeinen Wohls liegen, zeigt die Feststellung, daß beide Projekte in den alleinigen Besitz eines Hotelbesizers übergehen. Er ist Eigentümer der Anlagegrube, die zugleich sein Monopol ist, da sie die einzige Möglichkeit bietet, auf die Insel zu kommen. Er bekommt jene „Baracke“, von der später die Rede ist. Zur besseren Wahrung des Brückenmonopols sorgt jener Hotelbesitzer durch eine Stadtdrahtumzäunung dafür, daß jeder für den Betrag von 50 M , wovon 30 M auf eine Woche angedreht werden können, gezeugen ist, zum Inlandkommen seine Anlagegrube zu benutzen. Die Gemeinde Krautland und die Schiffervereinigungen zahlen außerdem jährlich zusammen 700 M für den Unterhalt an den Wächser der Brücke. Die Brücke und die zu ihr gehörende Bahne werden nunmehr im FVd. — in diesem Fall ist Träger der „Maßnahme“ die Gemeinde Krautland und der Stahlhelm — von zwei auf 6 bis 7 Meter verbreitert. Den materiellen Nutzen hat einzig und allein — daran besteht kein Zweifel — der Hotelbesitzer. Zur Unterbringung der Arbeitsdienstwilligen ist nun eine „Baracke“ errichtet worden. Das ist die zweite „Maßnahme“! Die „Baracke“, die in Wirklichkeit ein regelrechter fachwerkartiger Hochbau ist, ist — wie unser Bild zeigt — links auf dem Grundstück des Hotelbesizers, unmittelbar neben seinem Saal errichtet worden. Das Kirchliche Jugendamt hat mit der eigentlichen Errichtung der Baracke zwar einen Unternehmer beauftragt, der mit einem Holzer und 6 Maurern die Arbeit ausführt. Alle übrigen Arbeitskräfte wurden aber, wie überhaupt der ganze Auftrag selbst, mit Mitteln und im Wege des FVd. ausgeführt. Auch hinsichtlich dieser „Maßnahme“ besteht gar kein Zweifel, daß nach Fertigstellung der „Baracke“ der Hotelbesitzer ein neues Restaurant mit mehreren hundert Quadratmetern herrlicher Terrassen geschmückt bekommt. Für ihn ein neuer Anziehungspunkt für Fremde ein Ausflugsziel! Die „Baracke“ ist unterkellert, und zwar in einer Höhe von etwa 2,80 Metern, wovon die halbe Höhe in einer neuen, extra für den Bau errichteten Wurtte, die andere Hälfte mit etwa 1 Meter hohen Fenstern oberhalb der neuen Wurtteoberfläche liegt. Räume und Keller haben Befestigung erhalten, und von Stockwerkshöhe an wurde das Gebäude in Fachwerk weitergeführt. Um absolut keinen

falls wieder Besondere geführt werden. Aus manchen Orten wird uns von einer geradezu unmöglichen Anwendung des FVd. bei städtischen Arbeiten berichtet: So wird aus Remscheid mitgeteilt, daß im Ortsteil Lennepe an einem städtischen Fabrikgrundstück vom Jungdeutschen Orden im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes umfangreiche Umbau- und Abbrucharbeiten durchgeführt werden. Die Arbeiter sind nicht nur ausgeprochene Bauarbeit, deren Ausführung im FVd. den katastrophal niedrigeren baugewerblichen Arbeitsmarkt weiter einschnürt, sondern auch reine Facharbeiten. Ihre fachgemäße Ausführung im freien Arbeitsverhältnis war schon seit längerer Zeit geplant, zu einem Teil auch finanziell insoweit gesichert, als über die Höhe des Kostenschlags zwischen Unternehmern und städtischer Verwaltung Uebereinstimmung bestand. Nachdem die Stadt und der Jungdeutsche Orden für eine weitere Einengung des freien Arbeitsmarktes gesorgt hatten, kamen der städtischen Verwaltung teilweise hinsichtlich des Abbruchs des Fabrikgebäudes sachliche Bedenken. Sie überragte deshalb die Bauleistung eines Unternehmers und stellte ihm die notwendigen baugewerblichen Facharbeiter aus dem „freiwilligen“ Arbeitsdienst kostenlos zur Verfügung. So scheint alles in bester Ordnung: Die Stadt bekommt, von ihrem Ratschramm aus gesehen (die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten interessieren sie nicht), eine „billige“ Arbeit, der Unternehmer seinen Profit und der Arbeitsdienstler sein Taschengeld. Was aus den erwerbslosen Bauarbeitern werden soll, interessiert die Stadt und ihren Jungdeutschen Orden nicht. Wir erheben gegen den Mißbrauch des FVd. den schärfsten Protest und fordern, daß endlich und baldigst Schluss gemacht wird mit dem existenzgefährdenden und familienverderblichen Verbrechen, der im Namen des FVd. an den Bauarbeitern verübt wird!

Schleichers Programm.

Reichszentralrat von Schleicher gab am 16. Dezember — nach dem Muster seines Vorgängers — seine Regierungserklärung durch das Mikrophon über alle deutschen Sender bekannt. In Ton und Text seiner Rede folgte er nicht dem Muster seines Vorgängers. Selbstverständlich, daß die Rede Schleichers, der weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus sein will, jedem Politiker eine Reihe Angriffsansätze bietet. Immerhin zeigte sie das Verstreben zu verständlicher Arbeit mit dem Parlament und den Parteien. Herr von Papen wollte bekanntlich beide von Ward des Staatschiffes merken. Herr von Schleicher enthielt sich jedes provokativen Angriffs. Ein geschickter Mann als Herr von Papen steht jetzt am Reichsrudder, ein Mann der reformistischen autoritären Staatsführung. Deshalb feterten bei ihm die Theorien gegen den „Wohlfahrtsstaat“ seine Aufrechterhaltung. Schleicher hat aus dem Volkstum gegen Papen gelernt; er hat die Beschlüsse des Reichs-

tags — die mir bereits mitteilten — anerkannt, und somit einen kleinen Teil des von Papen zerstückelten Porzellans repariert.

Als einzigen Punkt seines Programms bezeichneter Herr von Schleicher: „Arbeit schaffen“. Alles andere interessierte nicht; am wenigsten Verfassungsänderungen und andere schöne Dinge, von denen mir nicht fast werden! Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hänge die Entscheidung eng zusammen. Um schneller vorwärts zu kommen, sei innerhalb des Reichskabinetts dem Reichszentralrat und in seiner Vertretung, dem Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, ein besonderer Einfluß auf das Siedlungswesen eingeräumt worden. Begriffe wie Privat- oder Planwirtschaft hätten für ihn (Schleicher) ihre Schrecken verloren, „weil es diese Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben nicht mehr gibt, auch nicht mehr geben kann“. In der Wirtschaft solle man immer das tun, was vernünftig ist. In diesem Sinne habe die Reichsregierung zuerst für vernünftige, ihr Augenmerk in erster Linie auf eine Belebung des Binnenmarktes zu richten. Sie ist sich aber darüber klar, daß auch die größte Belebung des Binnenmarktes nicht ausreichte, um für Brot und Arbeit zu sorgen. Vom Binnenmarkt aus allein werde es nicht möglich sein, dem Lande genügend Arbeitsmöglichkeit bereitzustellen. Einem erheblichen Teil unserer Bevölkerung müsse Beschäftigung dadurch beschafft werden, daß Waren für das Ausland erzeugt werden. — Mit diesen Worten sagte Herr von Schleicher allen Ueber-Mutartideologen ab, bekannte aber doch, daß die gegenwärtige Regierung die wesentlichen Teile des Wirtschaftsprgramms der Papen-Regierung für eine geeignete Grundlage zur Lösung der wirtschaftlichen Entwicklung halte. Tatsächlich wich Herr von Schleicher in seiner Rede insofern vom Papen-Programm ab, daß er verkündete, die neue Reichsregierung werde der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ihr besonderes Augenmerk widmen. Sie solle Papen wolle bekanntlich die Wirtschaftspolitik zu a u s s e r l i c h durch Anschaffung der privaten „Unternehmerinitiative“ beheben. Die eingeleiteten Maßnahmen zum Schutze der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen fortgesetzt werden und von der Selbstautonomie im Interesse der Landwirtschaft Gebrauch gemacht werden, um „einer übermäßigen Einfuhr einzelner Waren auf geeignetem Wege entgegenzutreten“. Die Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft müsse beseitigt werden. Eine weitere allgemeine Senkung der tief herabgedrückten Arbeitseinkommen sei weder sozial erträglich noch wirtschaftlich zweckmäßig. Die Reichsregierung bekenne sich zur Sozialversicherung. Sie werde alles tun, um die Versicherungsträger leistungsfähig zu erhalten, die Beitragzahler zu ihrem Recht kommen zu lassen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller beteiligten Körperschaften herbeizuführen. — Diese Bekennnisse wirken gegenüber den Polareiten eines Papen heiligsam erlösend. Die Wirtschaftspolitik magen sich diese Worte erinnern und auf ihre Verantwortlichkeit besinnen. Nicht andere Winterhilfe Maßnahmen eine verlässliche Wirtschaftsverbilligung und Hilfsmaßnahmen mit dem Ziel einer weiteren Verbilligung der Kohlen für die notleidende Bevölkerung angekündigt. — Daß mir die Winterhilfe der Reichsregierung für völlig unzulänglich halten, brauche ich nicht besonders zu betonen.

— Zum „Kriegsopfer“ sagte Herr von Schleicher schon eingangs erklärt, die sich nicht auf den Spitzen der Bajonette, d. h. man könne auf die Dauer nicht ohne die breite Volkstimmungen regieren. Damit distanzierte er sich merklich von der Politik seines Vorgängers, der alles überlaufen wollte und sogar das Volk als Feind seiner selbst bezeichnete, wenn es sich nicht hinter seine (Papens) famose Politik stelle. Schleicher wandte sich — ohne allerdings ihren Namen zu nennen — zunächst gegen die Nazis, sprach von „gemeinbildlichen Unbehilfen und von der die Atmosphäre vergiftenden „Presse“, und ließ „auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber“, daß die Reichsregierung vor drakonischen Ausnahmemaßnahmen nicht zurücktreten wird, falls die Lockerung der Fesseln zur Vermeidung der Beschäftigung mißbraucht werden sollte. — Zur Preisfrage, dem sogenannten Qualismus Preußen-Rats, sagte Schleicher, eine Aufhebung des Reichskommissariats könne nur in Frage kommen, wenn die Geschehnisse in Preußen, d. h. die Möglichkeit eines Gegeneinander-Regierens, nicht mehr besteht, oder wenn an Stelle des Reichskommissars andere ausreichende Garantien für eine übereinstimmende politische Führung im Reich und in Preußen geschaffen sind. — Dann sprach er von der „Erstigung der Jugend“. Er gehörte allerdings nicht zu den Zeulen, die der Jugend jeden Tag einmal lagen, daß sie das Salz der Erde und die Waise der Nation sei. Das habe zu einer Ueberbildlichkeit und zu einer äußerlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit geführt, die in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar gemacht habe. Der Kanzler bekannte sich zum freiwilligen Werkjahr der Alturlenten und einer freiwilligen Bauernhilfe, die mir für unlosig und undurchführbar halten. In der Abstraktionsfrage lie er bereit, die deutsche Wehrmacht mit mit Waffen und Pappschiff auszurüsten, wenn unsere Nachbarn das gleiche täten. Im übrigen meinte er, den deutschen Lebensinteressen sei nicht mit gemachten Experimenten und nicht mit abenteurlichen politischen Kombinationen dienlich.

Nach einem Appell an Verbände, Gruppen und Parteien, daran zu denken, daß sie nicht Selbstzweck seien, daß das Volk von ihnen positive Leistungen erwarte und nicht Taktik und Negation, sowie mit dem besonders an die Adresse der Deutschnationalen gerichteten Bekenntnis, „auch eine autoritative Staatsführung könne den Rückfall des Volkes nicht entbehren“, schloß der Kanzler seine Rede. „Wenig, die jede Zusammenarbeit mit einem Parlament ablehnen und die Regierung in einen Konflikt hineintreiben wollen, möchte ich entgegenhalten, daß Will und Mut allein zum Regieren nicht genügen, daß das Empfinden des Volkes und Erkennen des psychologischen Momentes dazu gehören.“

Wies in allem eine geschickte Rede mit einem Tellbekenntnis zur sozialen Gestaltung, „Ein sozialer General!“ sein, das Herr Schleicher nicht. Das zeigt am besten seine Wille in die ihre schwebende Wanklinie über Kameradschaft. Auch fehlte jedes Wort über Arbeiter und Herr von Schleicher ist ein Mann mit bestem theoretischem Blick für das Notwendige, als der Herrenreiter Papen. Aber nicht Worte machen es, sondern Taten!

Im Anfang war die Tat, Herr von Schleicher!

**Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung!
Keine Baustelle ohne Baudelegierte!**

Der Arbeitsmarkt im Krisensturm.

Das Schicksal der Arbeitslosen.

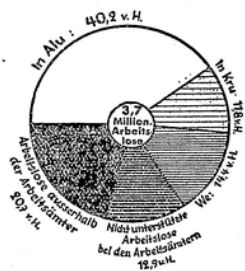
Hand in Hand mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit verzeichnete sich in den letzten Jahren die Lage der Opfer der Krise. Die Sozialreaktion hat nicht nur die Unterfütterungsfrage, sondern auch die Dauer der Unterfütterung der Arbeitslosen gekürzt. Das System der Versicherung gegen die Erwerbslosigkeit, das beste Stück der deutschen Sozialpolitik, hat sich allmählich in eine kümmerliche Wohlfahrtspflege verwandelt.

Ende August d. J. zählten die Arbeitsämter rund 5,2 Millionen Arbeitslose. Davon waren weniger als 700 000 von der Arbeitslosenversicherung unterfüttert, weitere 1,3 Millionen bezogen die Unterfütterung bei der Krisenfürsorge. Von den übrigen 3,2 Millionen wurden 2 Millionen als Wohlfahrtsvermerkslose von den Gemeinden betreut, während 1,2 Millionen ohne jede öffentliche Unterfütterung ihrem Schicksal überlassen blieben. In Wirklichkeit war die Zahl der nichtunterfütterten Arbeitslosen noch höher. Dieser Gruppe sind nämlich noch die Erwerbslosen zuzurechnen, die in den Listen der Arbeitsämter nicht geführt werden. Das Heer dieser unsichtbaren Arbeitslosen war Ende August auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen Köpfe zu schätzen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen gliederte sich am Schicksal etwa wie folgt: Hauptunterfütterungsempfänger: In der Arbeitslosenversicherung (Alu) 697 000 = 9,2%, in der Krisenfürsorge (Kru) 1 295 000 = 17,1% und Wohlfahrtsvermerkslose (We) 2 050 000 = 26,7%, ferner nichtunterfütterte Arbeitslose: Bei den Arbeitsämtern 1 202 000 = 15,8%, außerhalb der Arbeitsämter 2 366 000 = 31,2%. Das sind insgesamt 7 590 000 Arbeitslose. — Noch vor zwei Jahren war das Verhältnis völlig anders. Damals, Ende August 1930, gab es im Reich Hauptunterfütterungsempfänger: In der Arbeitslosenversicherung (Alu) 1 507 000 = 40,2%, in der Krisenfürsorge (Kru) 441 000 = 11,8%, und Wohlfahrtsvermerkslose (We) 541 000 = 14,4%. Nicht-

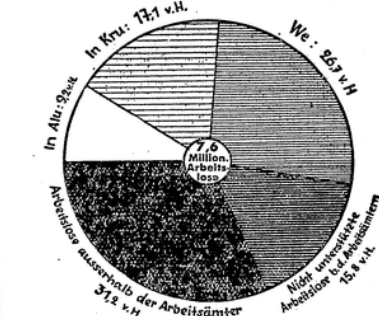
Gliederung der Arbeitslosen nach der Art ihrer Unterfütterung.

August 1930



unterfütterte Arbeitslose gab es: Bei den Arbeitsämtern 482 000 = 12,9% und außerhalb der Arbeitsämter 775 000 = 20,7%. Insgesamt gab es also 1 257 000 Arbeitslose. Der Vergleich der Gliederung des Arbeitslosenheeres nach der Art der Unterfütterung gegenwärtig und vor zwei Jahren gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die deutschen Arbeiter vor der Entfallung der Reaktion soziale Errungenschaften besitzen hatten. — Die Zahl der Hauptunterfütterungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zurückgegangen, weil die Unterfütterungsdauer durch die

August 1932



Hilfsverordnungen gekürzt wurde, während die Dauer der Arbeitslosigkeit durch die Krise angewachsen ist. Über die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen blieben nicht lange bei der Krisenfürsorge, sie wurden weiter nach unten, zu den Wohlfahrtsämtern, befristet. Im August 1930 zählten die Alu und Kru zusammen Unterfütterungen an 52% der Gesamtzahl der Arbeitslosen, im August 1932 leisteten sie unmittelbar Hilfe nur noch an 26,3%. (Hier sind nicht berücksichtigt die Ueberprüfungen der Alu, die zur Finanzierung der Wohlfahrtspflege mit herangezogen werden.)

Unheimlich ist das Wachstum der Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen: Eine halbe Million im Sommer 1930, zwei Millionen im August d. J. Zugleich hat sich die Zahl der nichtunterfütterten Arbeitslosen verdreifacht. Sie ist von rund 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen.

kämpfung der Arbeitslosigkeit. Ferner wird als notwendig erachtet ein Bodenreformgesetz, wodurch jederzeit für Wohnungsbau und Siedlung billiger Wohn zur Verfügung steht, außerdem ein Belastungsermäßigungsgesetz, das den deutschen Grund und Boden vor neuer Überforderung behauptet und beschützt, daß das Sparkapital in den gefährdeten Arbeitsfeldern abfließt. Außerdem wird beantragt eine wirksame Senkung der Mieten für alle Wohn- und Gewerberäume und eine allgemeine Zinsenkung, ferner ein soziales Mietrecht zum Schutze der Mieter vor Kündigung und Mietssteigerung. Ein Vollstreckungsschutz für die aus Anlaß der Wirtschaftskrise schuldlos in Not geratenen Mieter wird gleichfalls als notwendig erachtet.

Würde dieses hier kurz skizzierte Programm durchgeführt, so wäre davon tatsächlich ein lebhafter Anstoß zur Belebung der Wirtschaft zu erwarten. Aber werden die neuen Männer der Reichsregierung dafür Verständnis aufbringen?

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund.

Freistellungsergebnis vom 28. November 1932.

Bezirksverband	Berichtende Bau-gewerkschaften	Mitteltageslohn	Arbeitslose	
			Anzahl	%
Königsberg	7	11 238	9 907	88,2
Danzig	1	2 968	2 628	88,5
Stettin	61	12 125	10 100	83,3
Breslau	34	28 536	22 982	80,2
Berlin	60	36 391	27 357	75,2
Magdeburg	42	21 198	16 400	77,4
Erfurt	34	15 842	13 052	82,5
Frankfurt	17	24 544	20 974	85,5
Köln	12	12 215	11 190	91,1
Dortmund	12	12 263	11 382	92,6
Hannover	39	22 979	18 193	79,2
Bremen	30	11 783	9 572	81,3
Hamburg	45	23 536	19 843	84,3
Rostock	60	7 438	5 141	69,1
Dresden	31	46 612	37 549	80,6
Nürnberg	29	13 159	9 852	74,9
München	27	8 564	6 875	80,3
Stuttgart	14	7 469	6 299	84,3
Karlsruhe	10	10 268	8 862	86,3
Zusammen	565	328 628	268 368	81,66

Die Arbeitslosigkeit stieg gegenüber dem Vormonat im Reichsbereich um 79,36% auf 81,06%. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres betrug der Reichsbereichschnitt 79,07%. Er ist demnach in diesem Jahre um 2,59% höher. In den Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit: im Bezirksverband Königsberg um 8,8%, Stettin 5,1%, Breslau 3,8%, Berlin 2,1%, Magdeburg 0,8%, Erfurt 3,5%, Frankfurt 1,1%, Köln 0,1% Dortmund 1,3%, Hannover 1,4%, Bremen 1,5%, Hamburg 0,5%, Rostock 6,4%, Dresden 2,4%, Nürnberg 0,1%, München 0,7%, Stuttgart 2,9%, Karlsruhe 1,8%, und Danzig 8,8%. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Mannern 85,6% (Vormonat 84,2%), bei den Bauhelferarbeitern 85,6% (82,6%), und bei den Tiefbauarbeitern 77,4% (75,1%) arbeitslos. Von den Lehrlingen sind 44,6% ohne Arbeit.

Immer neue Verleumdungen und Verwirrungen.

Der bolschewistische Verleumdungsquell sprudelt munter weiter. Kamn ist unter dem „sozialistischen System“ die „rote Fahne“ wieder freigegeben, so schreibt sie, nicht nur spalten-, sondern gleich seitensweise ihren Giftabber ekelhafter Verlogenheiten auf unsere Gewerkschaften. Im Mittelpunkt dieser unentwegten, „jübelwüthigen Propaganda“ steht jetzt neben den schon immer üblich gewesenen Verdrehungen und Verdächtigungen eine Unterredung Theodor Leipzaks mit einem Pariser Zeitungsmann, der hierüber dem Pariser bürgerlichen Blatt „Excelsior“ berichtet hatte. Dabei ließen dem Berichterstatter allerlei Unrichtigkeiten unter, und die sind nun ein gelungenes Paradebeispiel für die „rote Fahne“ und das ihre einflussverwandte Zeitungspapier. Die sonst in jenem Lager so verpönte und „korruptivste“ bürgerliche Presse avanciert dann in solchen Fällen unversehens zu unwiderleglichen Kronzeugen. Und so wird denn die „Gesinnungsbeobachtung“ und der „Verrat“ Leipzaks unter jählichen Ueberfälschungen entsprechend „angeprangert“. Und die gesamte bolschewistische Dreckmehle heult das feststehend in Chor an. Genosse Leipzak hat nun — nicht um der Bolschewistenpresse zu widerlegen, sondern um der Wahrheit auf die Beine zu helfen — dem „Excelsior“ eine Zuschrift zugesandt, in der er als unrichtig erklärt, daß besagter Zeitungsmann ihm die Frage gestellt hätte, ob der WGB, dem General Schlichter die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffentruppe gewährt würde. Ueber eine solche Waffentruppe hätten nicht die Gewerkschaften, sondern die politische Partei zu entscheiden. In dem Reichstag zu befinden. Es sei ferner unklar, daß Leipzak gefordert habe, die Regierung müsse, für einige Zeit die Verfolgungs- und Waffentrupplene beiseite lassen. Vielmehr habe er den Berichterstatter darauf hingewiesen, daß die Presse, Herr von Schlichter habe diese Pläne selber nicht mehr für zeitgemäß. Es sei auch unrichtig, daß der Korrespondent Leipzak vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden sich gegen einfache Versprechungen einer „militärischen Kontrolle“ unterwerfen. Deshalb sei auch unklar, daß Leipzak auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein „professierendes Aufspringen“ nicht habe unterdrücken können. Hätte der Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu Leipzak geäußert, dann würde er die darin liegende beleidigende Unterstellung mit harten Worten zurückgewiesen haben. Zum Schluß sei auch unrichtig, daß Leipzak eine „schärfste Bemerkung“ für Herrn v. Schlichter geäußert hätte. Der angebliche Eifer Leipzaks in dieser Richtung habe sich höchstens gezeigt, die Berufung des Generals von Schlichter zum Reichstagskanzler werde in Frankreich große Beunruhigung hervorrufen. Demgegenüber habe Leipzak geantwortet, angeht es den Friedensliebenden des deutschen Volkes liegt hierfür kein Anlaß vor.

Genosse Leipzak hat damit die Wahrheit wieder auf die Beine gestellt. Das wird ihm und uns aber nur bedingt etwas helfen. Die Bolschewistenpresse wird, ohne von diesen Verdrehungen irgendwelche Notiz zu nehmen, munter weiter verleunden und Verwirrung zu stiften versuchen. Das ist ihr ausschließliches Lebenselement. Gemeinheit, Falchheit, Hinterlist und Verdröhung sind die Waffen ihrer „Volksbeglückungs-“ und „Volksaufklärungs-kunst“. Nach wie vor bleibt ihre „hehre“ Aufgabe, mit schmutzigsten Mitteln die sozialistische Bewegung und die Gewerkschaften durch den Kot zu schleifen. Sie wird damit auch immer wieder bei Dummheit im Geiste Anklang finden. Aber die noch nicht von der Schlammfüßel bolschewistischer Verleumdung

berührten und über eine solche „Arbeiterpolitik“ empörten Arbeitermassen werden sich so eng um unser Gewerkschaftsbanner scharen, daß rein und makellos ist und uns den Weg in eine bessere Zukunft bahnen wird trotz aller Verleumdungen und Giftsprüher aus der bolschewistischen Edelkühnheit!

Reichstagung der Mieterchaft.

In den letzten Tagen des November nahm in Dresden eine außerordentliche Tagung des Bundes Deutscher Mietervereine Stellung zur Wohnungs- und Mietpolitik der Reichsregierung. In der Aussprache wurde die Schutzhlosigkeit vieler Mieterkreise und das Mißverhältnis zwischen den gekentkten Einkommen und den übersteuerten Mieten scharf verurteilt. Es wurde auch festgestellt, daß durch den Mangel an Klein- und Mittelwohnungen die Wohnungsnot stark zugenommen habe.

Eine große Rundgebung des Bundesauschusses schloß die Tagung ab. In einer an den Deutschen Reichstag beschlossenen Eingabe ist der Widerball dieser Kundgebung enthalten. Nachdem in dieser Eingabe betont ist, daß zur Behebung der Wirtschaft erste Voraussetzung Erhöhung der Kaufkraft der Massen sei und Wohnungsbau und Siedlung die stärksten Antriebskräfte zur Belebung der Wirtschaft darstellen, wird festgestellt, daß die Wohnungsmieten jährlich mindestens einen Betrag von einer Milliarde Mark zur Ausführung von Hausinsanierungsarbeiten und die Hauszinssteuer einen Betrag von mehr als zwei Milliarden Mark erträchen, welche großen Summen entsprechend verwertet werden könnten für Hausreparaturen, für Wohnungsbau und Siedlung. Es wird als notwendig erachtet ein auf weite Sicht aufgestelltes Programm für Wohnungsbau und Siedlung und die Vereinfachung der zur Durchführung dieses Programms erforderlichen öffentlichen Mittel, in erster Linie aus der Hauszinssteuer, als wichtigste Maßnahme zur Be-



Der Worte sind genug geschwefelt — Nun laßt uns endlich Taten sehen!

Streiks u. Lohnbewegungen

Mauer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Oesperrt sind wegen unterlassener Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wierelich, in Wülffer das Bau-geschäft Johannes Sievers, in Osterdorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schütt als Oberndorf beim Landwirt Kammer.

Löper: Oesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Berlin-Oberschöneweide die Firma Wiff und in Riegnitz das Ofengeschäft Hermann.

Bezirksverband Dortmund. Bekanntlich hatten im Vertragsgebiet Westdeutschland die baugewerblichen Unternehmerverbände das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt. Bei den Parteiverhandlungen verlangten die Unternehmer einen Lohnabbau in allen Ortsklassen und außerdem die Befestigung einer großen Anzahl Orte von einer höheren in eine niedrigeren Lohnklasse. Bei den Verhandlungen vor dem amtlichen Schlichter stellte die Unternehmer die gleichen Lohnabbauforderungen. So soll der höchste Facharbeiter-Stundenlohn im Vertragsgebiet nur noch 80 $\frac{3}{4}$, der niedrigste 50 $\frac{3}{4}$ betragen, Bauhilfsarbeiter sollen in der obersten Ortsklasse nur noch 68 $\frac{3}{4}$, in der unteren 41 $\frac{1}{2}$ (I) Stundenlohn erhalten. Für Tiefbauarbeiter soll in den oberen Klassen der Stundenlohn bestehen bleiben, jedoch in den übrigen Klassen ebenfalls bis auf 41 $\frac{1}{2}$ (I) je Stunde gekentkt werden. Außerdem sollen die Lohnklassen IIIa und IV künftig in 3 Lohnklassen bilden. Inlere Vertreter dagegen hatten beantragt, die bisher geltenden Löhne bis zum 31. März 1933 unverändert zu lassen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter brachten kein Ergebnis; die Unternehmer waren von ihren unersichtlichen Lohnabbauforderungen nicht abzurufen. Schließlich machte der Schlichter, nachdem ihm die Fällung eines Schiedspruches, wie er ausdrücklich betonte, nicht möglich war, einen Einigungs-vorschlag, wonach die Löhne in den Lohnklassen I und II unverändert bleiben, die Löhne in den übrigen Ortsklassen um 4% ermäßigt werden sollen. Inlere Vertreter nahmen nur den ersten Teil des Vorschlages an; die Unternehmervertreter dagegen lehnten den gesamten Vorschlag sofort nach Verkündung ab. In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder schlangen sie sich dann zu der sonderbaren Erkenntnis auf, die Begründungen für ihre Abbauforderungen hätten bei dem Vorsitzenden „weitgehendes Verständnis“ gefunden, er habe sich aber außerdem erklärt, für die Ortsklasse I eine Lohnenkung vorzunehmen, nachdem einige Tage vorher im Rheinland eine Vereinbarung auf Verlängerung der bisherigen Löhne getroffen worden sei. Diese freiwillige Vereinbarung habe bei allen Stellen „großes Entzücken und Befremden“ erregt. Hierzu wäre zu sagen, daß den Arbeitervertretern von einem „weitgehenden Verständnis“ des Schlichters, Herrn Kofemann, für die Unter-

nehmerforderungen nichts bekannt geworden ist. Auf Rückfrage haben auch die Herren Klostermann als stellvertretender Schlichter und Herr Professor Brahn als ordentlicher Schlichter ganz entschieden in Abrede gestellt, den Unternehmern eine solche Entscheidung zu geben. — In einem weiteren Rundschreiben haben nun die Unternehmerräte Anweisungen an ihre Mitglieder gegeben, wie der Lohnabbau durchzuführen sei. Es handelt sich hier um die allgemein bekannten Anweisungen, wonach durch Anschlag auf den Baustellen mitzufallen sei, daß der Lohn nur in der von den Unternehmern festgesetzten Höhe vom 7. Dezember an zur Auszahlung kommen sollte; jedem Bauarbeiter, der damit nicht einverstanden sei, sei fristgerecht zu kündigen. Hierzu haben die bangewerblichen Arbeiterverbände sofort Anweisung gegeben, sich dies unter keinen Umständen gefallen zu lassen, sondern sich dagegen mit allen Mitteln zu wehren. Der Aufforderung des Unternehmerrates sind bisher verhältnismäßig wenige Firmen gefolgt. Wo es geschehen ist, haben sich die Kollegen sofort energisch dagegen gemehrt. So wurde am Bahnhofsneubau in Duisburg — die einzige größere Arbeitsstelle im Industriegebiet — nach kurzem Kampf der Belegschaft erklärt, die bisher gezahlten Löhne würden weiter gezahlt. Auch die Firma Kiefer in Duisburg hat sich schriftlich bereit erklärt, bis auf weiteres die Löhne vom 6. Mai 1932 weiter zu zahlen; außerdem sollte das durch den Abschreibetreib unterbrochene Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gelten. Auch in Werdien mußten die Unternehmer vor dem Widerstand unserer Kollegen zurückweichen, ferner in einzelnen kleinen Firmen. — So konnte bisher der Lohnabbauangriff der Unternehmer auf der ganzen Linie zurückgewiesen werden. Uns scheint, daß viele Unternehmungen mit den Lohnabbauentscheidungen ihrer Führer nicht einverstanden sind. Diese Ansicht werden wir durch die Einigkeit unserer Kollegen in jeder Hinsicht zu fassen wissen!

„Obere Lohngrenze“ bei Hoffmannsarbeiten. Der Präsident der Reichsanstalt hat unterm 23. November an die Präsidenten der Landesarbeitsämter ein Schreiben geschickt, in dem er darauf aufmerksam macht, daß er bei den von ihm für Maßnahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms ausge-

sprochenen Anerkennungen allgemein die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, besonders soweit es sich um die Entlohnung der Erd- und Tiefbauarbeiter handelt, als Forderungsbedingung festgelegt habe. Dadurch sei klargestellt, daß die Löhne von den Trägern der Arbeiten in dieser Höhe gezahlt werden müssen. In einer Anzahl Fälle sei es allerdings entsprechend dem Antrage des Trägers der Arbeiten notwendig gewesen, für den Tiefbauarbeiter-Stundenlohn eine obere Grenze festzusetzen, wenn beiderseits in einem Gebiet verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt wurden und die Finanzierung der Arbeiten von der Festlegung der oberen Lohngrenze abhing. Der Präsident der Reichsanstalt hat gebeten, die nachgeordneten Stellen von diesen Grundfragen zu unterrichten. Bei etwa auftauchenden Zweifeln oder Schwierigkeiten sollen die Präsidenten der Landesarbeitsämter von sich aus im Sinne der vorher angeführten Grundzüge vermittelnd wirken und, falls dies erforderlich ist, die Einsetzung des Präsidenten der Reichsanstalt einholen. — Wir sehen in diesem Entschluß einen Leiterschlus der Bemessungen unseres Bundesverbandes, beharren aber nach wie vor bei dem Grundsatze, daß auch für Hoffmannsarbeiten wie für Arbeiter aller Art, soweit dafür der Reichsarbeitsvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten in Frage kommt, auch nach diesem Vertrag ohne jede Beschränkung die Löhne bemessen werden. „Hohe Löhne“ gibt es nicht im Erd- und Tiefbau!

Werbe- und Bildungsarbeit

Bezirksverband Karlsruhe. (Wochenendkurs.) Für unsern Bezirk sind bisher drei Wochenendkurse abgehalten worden, und zwar in Freiburg, Mannheim und Karlsruhe. Ingesamt haben 98 Kollegen daran teilgenommen, die zum Teil bei den Schulungskursen unseres Bundes zugelassen waren und zum größten Teil in ihren Bauwerkstätten als Funktionäre tätig sind. Das Programm wurde jedesmal in der Weise durchgeführt, daß Samstag Kollege Horter über Tarif- und Lohnfragen und Sonntag Kollege Philipp über aus der Juli-Statistik zu ziehende

Lehren, Kollege Kleiner über Anordnungen, Renten und Arbeitslosenunterstützung und zum Schluß Kollege Horter über die innere Politik unseres Bundes sprach. Außer der feilschlichen Ansprache und der regen Fragestellung war das allgemeine Interesse der Kursteilnehmer zu erkennen. Die Veranstaltungen waren ein Stück Schule, was von den Teilnehmern unbestritten anerkannt wurde. Auch im kommenden Jahre sollen Kurse abgehalten werden. Daß diese Kurse nur mit geringen Kosten verknüpft waren, ist in erster Linie den Kollegen und Genossen zu verdanken, die Freiquartiere zur Verfügung stellten, dann aber auch den Inhabern der Gewerkschaftshäuser in Freiburg, Mannheim und Karlsruhe, die die Teilnehmer gut, billig und reichlich verpflegten. Dafür allen an dieser Stelle herzlichsten Dank! Die Teilnehmer an den Kursen werden bemüht sein, das Gelernte im Interesse unseres Bundes erfolgreich zu verwerten.

Bezirksverband Magdeburg. (Wochenendkurs.) Einen zweiten Wochenendkurs hielten wir am 10. und 11. Dezember in Ammerdorf bei Halle ab. Dabei 50 Funktionäre waren daran beteiligt. Zunächst sprach Kollege Thiele vom Bezirksvorstand über die Lage des Bundes und seine Aufgaben, wobei er vor allem die Lage des Bauwesens und den Lohnabbau im Bauwesen erörterte. In der Ansprache wurde auch der freiwillige Arbeitsdienst eingehend besprochen. Unser Bundesvorsitzender Herr Hardt wies u. a. darauf hin, daß die Politik des nächsten Jahres einem Umbau der Wirtschaft gelten müsse. Er erörterte dabei das zu diesem Zwecke aufgestellte Wirtschaftsprogramm unserer Gewerkschaften. Einen weiteren Vortrag hielt Kollege Lange aus Magdeburg über die Tätigkeit der Funktionäre. Ferner hielt Kollege Voigtländer aus Merseburg einen sehr instruktiven Vortrag über Rechts- und Wirtschaftsfragen im Bauwesen. Auch diese Tagung war getragen von schönem Zusammengehörigkeitsgefühl und einer durchaus sachlichen Diskussion. Die Tagung schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Bauwerksbund.

Werbe- und Bildungsprogramm. Die Zahl der Befestigungen auf Lichtbildserien und Filme häuft sich. Mit-

fern herab pendelte dieser Schmach. Königin Sophie von Portugal starb an diesem Abend um 11 Uhr; ihr Tod wird verurteilt und bei dem damaligen Stand der Seilkunde war dies genügt, um den Tod herbeizuführen.

Absonderliches leistete man auch in Augengläsern, die damals jedermann trug, ob er sie nötig hatte oder nicht. Lakaien und Kuchler, sogar die Pferde und Mauseisler sah man mit möglichst großen Brillen geziert. Und Murillo hat auf einem seiner Gemälde den nackten heiligen Hieronymus mit mächtigen runden Augengläsern dargestellt.

Das Leben am Hofe war abgeklärter, zuweilen, wenn Feste auf der Tagesordnung standen, geräuschvolle Langeweile und Unangemessenheit. Das Königspaar durfte nicht mitkommen spielen, jedes von ihnen sah allein in einem kleinen Tischchen und hatte sich jeden Geizt ein oder eine aus der Reihe der Hofschranzen nehmen ließ. Ein Diplomat beschreibt sich eine Majestäts: Wenn die Königin trinken wollte, gab einer der Meninas (ein Kammerherr) einer Hofdame das Glas. Wenn es der Königin gereicht wurde, knieten beide nieder, während ihr eine andere Hofdame die Serviette präsentierte. Der Königin gegenüber war eine dritte Hofdame mit Tranchieren und mit der Ueberreicherung der Teller beschäftigt. Gemöhnlich plauderten die Hofzweige, um die Stille zu unterbrechen, und um die Königin zu zerstreuen. Vor dem Fleisch wurden Melonen und Eis serviert und Obst mit Milch gereicht.

Das Essen spielte in der höfischen Langeweile neben dem Beten eine große Rolle. Marie Louise schloß gemöhnlich 10 bis 12 Stunden und ab viermal am Tag Fleisch. So berichtet wenigstens die Marquis de Villars, die Gemahlin des französischen Gesandten. Dann gab es Klosterbezüge, Komödienpiel bei Hofe, und im Karneval eine Art Maskenspiel, bei dem sich die Damen gelegentlich mit Eiern bewarfen, die mit Parfüm gefüllt waren. Es gab im Frühling und Sommer auch Maskenzüge zu Pferde und eine Art Turnier, wobei aber nur mit leichten Robrfäßen gefochten wurde. Sehr selten besuchten die Majestäten irgendeinen der Großen des Reiches.

Auch das Privatleben der vornehmen Frauen war damals ein sehr einfaches, eingetauscht. Sonderbar war in Spanien die Sitte, daß die Damen mit untergeschlagenen Beinen am Boden hockten — wohl noch ein Ueberbleibsel aus der Karnevalzeit. Mühsen sie einmal auf Sesseln sitzen, so schienen sie sich außerst unbehaglich. Es mag ein komischer Anblick gewesen sein, diese Damen auf kostbaren Teppichen wie Henten lagern zu sehen, umgeben von kunstvoll gearbeiteten Porzellan und Gold, in Gemächern, deren Wände mit Damast bespannt waren. Die Herren hatten neben ihren Frauen eine erklärte Nebenstelle aus der guten Gesellschaft und außerdem eine Hausweibdame oder ein Mädchen aus dem Volke als Mätresse.

Es war eine Welt, prächtig nach außen, hohl nach innen. Schließlich wurde der Glanz immer schwächer. Die Habsburger hatten das Land heruntergewirtschaftet und die Bourbonen, die ihnen folgten, waren nicht besser. Es war der spanischen Kultur noch auf Jahrhunderte hinaus bestimmt, abwärts von Europa zu vegetieren. Hoffentlich bringt nunmehr der Geist der neuen Zeit auch Spanien kulturelle Fortschritte!

Elektrizität im Arbeiterhaushalt.

Die elektrische Beleuchtung ist jetzt auch in viele Arbeiterwohnungen eingezogen, selbst in den kleinsten Dörfern, aber im übrigen fehlt der Verbrauch elektrischer Kraft in Deutschland gegenüber Amerika weit zurück. Wenn dort festgelegt wird, daß das elektrische Biegelampe eigentlich nutzlos mehr sei, so läßt das schon die weite Verbreitung der Benutzung elektrischer Kraft vermuten. Aber auch im übrigen hat die elektrische Kraft ihren Einzug in den Haushalt in großem Maße gehalten: von 20 Familien haben heute in Amerika 8 einen Staubsauger, 6 von 20 Familien benutzen elektrische Waschmaschinen und 3 von 20 Familien elektrisch betriebene Glühbirnen. Natürlich hängt die Benutzung der Elektrizität nicht nur von der Höhe der Tarife ab, sondern auch von den Wohnverhältnissen, und da ist es fraglich, ob unter der heutigen Wirtschaftslage selbst in Amerika die Elektrizität diesen Siegeszug fortsetzen wird.

Unterhaltung und Wissen

Zur Kulturgeschichte Spaniens.

Spanien, jenes Land, in dem sich römische, gotische und maurische Kultur auf allen Gebieten so seltsam mischen, war seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts unter den katholischen Königen Ferdinand und Isabella durch glückliche Seefahrten und die Entdeckung der neuen Welt, die einen Goldstrom mit sich brachte, zu den europäischen Großmächten als Weltbeherrschende hinzukommen. Aber der gewaltige politisch-ökonomische Geist Karls V. erlosch unter seinen bekannten Nachkommen, sowohl in der österreichischen als auch in der spanischen Linie. Uebrig blieb maßlose Hofzerlei, starrer Absolutismus und eine Uebel- und Aleruhschaff, die das ebedem so reiche und blühende Land rasch verkommen und von seiner wirtschaftlichen und kulturellen Höhe herabsinken ließ. Aber im 17. Jahrhundert war Spanien auf vielen Gebieten noch Trümpf, besonders auf dem der Ethik und der Mode, natürlich auch in allen religiösen Beziehungen. Den Geist des Barock wird man schwerlich sonstwo in solcher Reinkultur antreffen als im Spanien der letzten Herrscher aus dem Hause Habsburg.

Alles war Zwang, Herkommen, Tradition. Führend in den Wissenschaften war die katholische Theologie, und was nicht in den Rahmen ihrer Fiktionen hineinpaßte, dem wurde keine Geltungsberechtigung zugestanden. König war es aus mit dem Glanze der Universitäten von Alcalá und Salamanca. Die Wissenschaften waren wirklich „Mädchen der Theologie“ und in ihren Anschauungen nur zu oft von einem naiv-kraffen Ueberglauen durchsetzt. Extrakt aus Schlangengiften spielte eine große Rolle. Mit dem von Geburt an kranken König, von seinem leuckischen Vater her erblich belasteten Carl II. versuchte man die absonderlichsten Kuren. Man legte ihm Hühnerdärme oder frisch geößete Tauben an den Bauch. Und half das nicht, dann kamen die Reliquien des heiligen Nibor an die Reihe.

Der königliche Hof war infolge der überpannten Etikettevorschriften, die bei jedem, auch dem kleinsten Aufenthaltswechsel der Majestäten die Begleitung mit großem Gefolge vorzuschreiben, schwerfällig und nicht mehr so leicht beweglich geworden. Die Kosten auch kleiner Reisen, die sich meist nur bis in die nahe bei Madrid gelegenen Lustschlöffer des Königs zu erstrecken pflegten, waren natürlich bei der Menge des Gefolges ungeheuer. 150 Palaßdamen, die ihrerseits wieder Kammerfrauen und Hofen mit sich führten, waren eine ganz gewöhnliche Anzahl. Die anderen Reisenden tiffen auf Pferden oder Mauseiseln, während die Damen in schwerfälligen Karossen fuhrten.

Pferde waren damals in Spanien ein großer Luxus. Das Maulwerk war wie heute noch das allgemeine Last- und Tragtier. Die dickschaligen, längschwanzigen Pferde, wie wir sie auf den damaligen Bildern sehen, waren der Stolz des Hofes, und wurden oft zu Geschenken an Fürstlichkeiten verwendet. Ein Roß, auf dem der König einmal gefessen hatte, durfte von keinem anderen Sterblichen mehr besessen werden. Pferdegepanne, mit Glöckchen behängt, die Mähnen mit bunten Bändern durchflochten, saufen in den heißen Straßen Madrids einher, so gut es eben gehen wollte. Es galt als Stolz jeder Dame, ein solches Gefährt zu besitzen, und mancher Galan hat sich damit ruinert. So wurden der notleidenden Landbevölkerung eine Menge müßiger Tiere entzogen. Natürlich gab es auch viele Vorstufen darüber, mit kleinen Pferden nach Rang und Stand fahren durfte. Aber die Damen der ganzen und „haben“ Wolf brauchen die Wagen notwendig, um ihre Reize zu erleben zu können. Die Wagen hatten übrigens keine Federn und waren plump, aber mit kostbaren Zierraten ausgestattet. Und als 1825 der erste Wagen mit Gasfenstern in Madrid zu sehen war, da staunte alle Welt.

Die Kleidung der Vornehmen und Höflinge war damals sehr düster, fast immer schwarz. Wams mit Leder-

gürtel, Kniehose, schwarzer, weicher, breitkrempiger Hut, Seitenfrämpfe und eine blendend weiße Halskrause, die sogenannte Gollita. Stiefelgen und Hutagraffe waren jewelengelerzt. Da kleine Hüfte und dicke Waden für besonders schön galten, zwangten sich die Herren in zu enge Schuhe, die man fettlich schmürte, sonst wären die Träger überhaupt nicht hineingekommen. Ein Radmantel und Handschuhe vervollständigten die Tracht. Das Haar trugen die Herren lang und die Schultern in Locken herabwallend. Es waren aber meistens Perücken...

Die Toiletten der Damen näherten sich schon mehr dem französischen Geschmack. Die meisten unförmlichen Röcke fielen aber Messinggefelle. Außerdem mußten sie so lang sein, daß man keinen Fuß sah. Es galt für eine große Unart, wenn ein Herrscher den Fuß seiner Dame zu sehen bekam. Der Fuß einer Königin war besonders tabu. Ihn zu berühren, war förmliches Verbrechen gewesen. Als einmal die erste Gemahlin Karls II., Marie Louise von Orleans, vom Pferde fiel, mit dem Rockrand im Hügel hängen blieb und so im Hof des Schlosses geschleift wurde, wagte es trotz aller Verwünschung niemand, die geheilte Person der Königin zu berühren. Die Meninas, jene Hofdamen, die allein hierzu das Recht hatten, waren nicht zu Stelle. Schließlich sprangen zwei Herren hinzu und lösten den Fuß der Königin aus dem Hügel. Dann aber warfen sie sich auf ihre Pferde und flohen, um schwerer Strafe zu entgehen. Und es bedurfte langer Fürbitte der gereiften Königin, damit ihnen die Strafe erlassen wurde...

Die Damen in schleppenden Röcken, die Hüfte in abgestülpten, knappen Lederhosen, schlichen lautlos dahin, die Arme fest an den Leib gepreßt. Rein Wunder: mußten sie doch die Last ertragen, was an 3 kg Unterwäsche aus den schwersten kostbarsten Stoffen mittrafen. Die Leibchen waren vorn hoch, rückwärts bis zum halben Rücken ausgeklüffelt. Man trug Kurus mit gold- und silberdurchwirkten Spitzen, die die buntfarbigen, fest von der Taille abstehenden Ärmel verschwendend schmückten. In den Ohren trug man massive Ohrgehänge, an denen noch allerlei Zierrat, sogar oft Uhren, hingen. Bis auf die Schu-

Weihnachtsmahnung.

Man spricht
Von gnadenbringender Weihnachtszeit,
Man spricht
Von Wohlgefallen und Liebe —
Doch weit und breit
Düstert es lieblos und trübe
In stiller Armut Hütten.
Und keinerlei Beten und Bitzen
Erlöst aus der Entberhung Pein...
Doch ob ihr auch elend und arm —
Ihr seid nicht allein!
Darum ermannet euch! Das Lebens Harm
Schwindet, wenn ihr euch eint,
Wenn ihr vereint
Das bittere Unrecht dieser Welt bekämpft!
Zählt und vereint euch! Dann dämpft
Eure Kraft die Not und das Lebens Verdruß!
Nur straff vereint erkämpft
Ihr euch Wohlgefallen und Freude!
Seid einig auch im Leide,
Beschreiet den gleichen Pfad,
Seid einig in Sinn und Tat —
Dann gehört auch euch der Erde Ueberfluß!
Toets.

unter mußten an Stelle der zunächst vorgesehenen Serien andere gefandt werden. Neben das nicht krumm. Der Bundesvorstand bemüht sich, allen Wünschen gerecht zu werden!

Arbeitsgemeinschaften. Einige Baugewerkschaften fragen an, ob sie für ihre Arbeitsgemeinschaften auch Lichtbilderarten zur Verfügung gestellt bekommen. Der Bundesvorstand stellt selbstverständlich auch hierfür Lichtbilderarten bereit, zumal in den Arbeitsgemeinschaften die in den Lichtbildern behandelten Themen grundsätzlich durchgesprochen werden können als in einer Mitgliederversammlung. Für die Vorführung in Arbeitsgemeinschaften kommen vor allem folgende Serien in Betracht: „Der Bund, seine Vorläufer“; „Einführung in die Sozialabrechnung“; „Männer in der Gewerkschaftsbewegung“; „Grundbegriffe der Wirtschaft“; „Die deutsche Reichsdarstellung“. Auch andere Serien stehen — soweit sie verfügbar sind — den Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Berlin. Das Explosionsunglück in Prenzlitz bei Rathenow hat leider auch unter unseren Mitgliedern Opfer gefordert. Kollege Wilhelm Müller ist tot; drei weitere Kollegen sind mehr oder minder schwer verletzt worden. Ueber das Unglück und die vermutlichen Ursachen konnten wir folgendes feststellen: Die J. G. Farben-Kunststofffabrik in Prenzlitz sollen erweitert werden. In den Neu- und Umbauten waren 120 Bauarbeiter beschäftigt. Der Umbau wird an alten Gebäuden vollzogen, die während des Krieges der Sprengstoff-Fabrikation dienen und seitdem unbenutzt sind. In einem Raum sollten vier Zentrifugen die sonst zur Herstellung von Schießbaumwolle verwendet wurden, abmontiert werden. Außer den Schloßern waren daran eine Anzahl Bauarbeiter beteiligt. Punkt 9 Uhr verließen die Bauarbeiter den Raum, um ihr Frühstück in der nachgelagerten Kantine einzunehmen. Etwa zwei bis drei Minuten nach 9 Uhr geschah das Unglück. Unter den 12 Kabinen befand sich auch unser Kollege Müller, der in einem anderen Raum unterhalb des Explosionsherdes verhaftet wurde. Wäre das Unglück nur einige Minuten früher geschehen, so hätte 25 bis 30 unserer Kollegen das gleiche Schicksal ereilt. — Die Wirkungen der Explosion waren so stark, daß das Dach abgehoben und 2½ Stiel starke Wände umgeworfen wurden. Solche Verletzungen können nur durch besonders starke Sprengmittel hervorgerufen werden, weshalb die Annahme, daß sich noch Reste von Schießbaumwolle in dem Raum befunden hätten, immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Die Wiegungen der Tagespresse, die das Unglück auf die Explosion einer Sauerstoff-Blaste zurückzuführen, sind jedenfalls unzutreffend.

Aus den Baugewerkschaften

Annaberger Hermann Ruffloff im Rubel (a. d.) Mit unserm Hermann Ruffloff, der am 17. Dezember sein 65. Lebensjahr vollendet hat, tritt ein Mann in den Ruhestand, der mit der Bauarbeiterbewegung im Erzgebirge eng verwachsen ist. Ueber vier Jahrzehnte war unser Hermann Mitglied der Organisation, stets war er auf dem Posten, wenn es galt, für die Arbeiterklasse einzutreten. Ihn betraute auch nichts in seiner Ueberzeugungstreue, als die mitgewanderten Wege der Gegner ihn in den letzten Jahren unklärlieh. Unerwartet erfüllte er auf vorgerücktem Posten seine Pflicht. Bereits im Januar 1931 konnte er auf eine 25jährige Angestelltenfähigkeit zurückblicken. Ueber unser Hermann Ruffloff war nicht nur in der Bauarbeiterbewegung tätig, auch auf andern Gebieten erfüllte er seine volle Pflicht und Schuldigkeit. So gehört er bereits seit 20 Jahren dem Krankenkassen-Vorstand in Annaberger an; seit vielen Jahren ist er Aufsichtsratsmitglied der Konjunktionsgesellschaft „Ober-Erzgebirge“, der er während des Krieges als ehrenamtlicher Geschäftsführer vorstand. 15 Jahre lang war er auch im Stadtrat, dessen Mitglied er heute noch bekleidet. Wir danken unserm Kollegen Ruffloff, der auch zugleich gesellschaftlich ein angenehmer Kollege ist, für all das, was er für die Bauarbeiterbewegung und für die allgemeine Arbeiterbewegung geleistet hat. Wenn er auch aus dem aktiven Dienst unseres Bundes ausscheidet, so wissen wir, daß er unserer Organisation nach wie vor treu bleiben und ihr auch weiterhin — wenn auch nicht auf vorgesehobenem Posten — nützlich sein wird. Wir wissen auch, daß er in seinen übrigen hier genannten Werten auch weiterhin seinen Mann stellen wird. Nochmals Dank und einen angenehmen Lebensabend!



Eberswalde (Ernst Sägebarth f.). Am 8. Dezember verstarb Kollege Ernst Sägebarth, unser bewährter Hilfskassierer für den Bezirk Jfmowitz. Vor Jahren schon suchte ihn ein Schlaganfall heim, dessen Folgen er nicht mehr überwinden konnte. Seit jener Zeit war er immer kränklich. Dieser Umstand hat wohl auch dazu beigetragen, daß unser Freund Ernst seinen Lebensabend durchschritt. Ernst Sägebarth war seit Bestehen unserer Organisation ihr Mitglied. Seine Funktion als Hilfskassierer hat er bis zum letzten Atemzuge gewissenhaft ausgeübt. Freund Ernst war auch einer der ersten Glieder unserer Gewerkschaft. Wir verlieren in ihm einen treuen, gewissenhaften und vorbildlichen Kollegen, dessen Verdienste wir stets in Ehren halten werden! Dieser Todesfall ist in diesem Jahre der zweite aus der Reihe unserer Baugewerkschaftsmitglieder, wo ein Kollege auf tragliche Art ein Ende genommen hat. **Kreuzburg (Julia Lehnung.)** Die Mitglieder unserer Jfmowitzer Zelle hatten sich mit ihren Frauen am 20. November vollständig zusammengefunden zu Ehren unserm ältesten Mitglieds, des Kollegen Johann Pfla, der nunmehr auf 25 Jahre Mitgliedschaft in unserer Organi-

lation zurückblicken kann. Unser Kollege Pfla war während dieser Zeit auch eifrig für unsere Gewerkschaft tätig; dem Treue der Zahlstelle gehört er ebenfalls seit 25 Jahre in freier Pflichtenstellung an. Das Mitglieds-Jubiläum des Kollegen Pfla fällt zugleich zusammen mit der Gründung der Zahlstelle. Der Jubilar hat es verdient, unsere Zahlstelle auch durch die schwersten Zeiten zu führen, wobei ihn der Kollege Carl Schlich tafträchtig unterstützt hat. Beiden gebührt besonderer Dank für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit!

Reutlingen. (Verfall der R.W.D.-Streik) Will in Stuttgart auf Befehl der R.W.D. ein Streik der Rüstungsarbeiter und Woffahrtswerkstätten inszeniert werden, mußte das gleiche auch in Reutlingen geschehen. Die Arbeiter dieses „Streiks“ verlangen eine Entfernungszulage, Bezahlung der Regente, Mitgliedsbeitrag, Wiedereinstellung entlassener städtischer Arbeiter und Bezahlung der Streiklöhne. So wurde denn am 24. November lustig drauflos gestreikt, aber bereits am 25. November wurden die SPD-Stratzen von den R.W.D.-Strategen besetzt, schließlich den Streik zu beenden. Diese „Streikleitung“ wußte nicht einmal, wie hoch der Tariflohn der Tiefbauarbeiter ist! Aber so etwas braucht ja eine solche Streikleitung nicht zu wissen! Sie hat blindlings den Moskauer Befehl zu befolgen. Unter großem Aufwand wollte man diesen „Streik“ auch auf die städtischen Arbeiter und andere Arbeitsstellen ausdehnen; damit holte sich die R.W.D. allerdings ein Alibi her. Nun wird der Ringelbeutel geschwungen. Herr Neu als „Streikleiter“ verlangt von jedem Rüstungsarbeiter einen Groschen für „Finanzierung des Kampfes“. Bis jetzt haben die Streikenden, außer einem Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes, nichts erhalten. In der Gemeinderatsversammlung war es dann der SPD-Fraktion vorbehalten, zu reden, was zu reden möglich war. Unser Kollege Ruff besetzte dabei, daß wenn die Arbeiter im Baugewerksbund organisiert wären, es ohne Arbeitslosigkeit möglich gewesen wäre, eine Entfernungszulage oder wie man das kindl. sonst heißen möge, zu bekommen. Die Streikenden haben dann die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Eine Entfernungszulage wurde ihnen nicht gewährt. Nach Regentagen soll von Fall zu Fall vom Fürsorgeamt geprüft werden, ob eine zeitliche Unterfertigung gewährt werden kann. Im übrigen wurde bisher bei allen Rüstungsarbeiten der Tarif für das Baugewerbe angewandt. Auch die Pflichtarbeit der Woffahrtswerkstätten wird nach unserem Tarif bezahlt. Dieser „Streik“ ist eine große Blamage für Neu und Konforten. Die Arbeiter wurden geschädigt durch Lohn- und Unterfertigungsausfall. Die Lehre wäre, daß sich jeder Rüstungsarbeiter dem Deutschen Baugewerksbund anzuschließen hat. Wird sie befolgt werden?

Würgburg. Die Würgburger Beton- und Monierbau A.-G. sicherte sich durch Zahlung unterartfälliger Entlohnung in Würgburg einen Bauauftrag und schlug so einheimische karitäre Firmen aus dem Felde. (Siehe auch „Grundstein“ Seite 292/1932.) Wer eingestellt werden wollte, mußte einen Paters unterzeichnen und auf Tariflohn verzichten. Nach Beendigung der Arbeit klagte nur unsere Baugewerkschaft mit Vollmacht für 12 Kollegen. Da vier, die die wenigsten Ueberstunden hatten, zahlte die Firma gütlich. An die andern acht Kollegen, die mehr Arbeitsstunden und demzufolge auch höhere Forderungen hatten, zahlte sie nichts. Ein Vergleich schloßte daran, daß die Firma die Zusicherung forderte, die Baugewerkschaft solle auf alle weiteren Lohnansprüche verzichten. Da wir aber noch weitere Lohnansprüche erheblicher Art haben, konnten wir darauf nicht eingehen. — Nun hat die Firma beim nächsten Termin am 2. Januar Gelegenheit, sich zu den eingeklagten Beträgen noch weitere Unkosten aufzuschlagen, wenn sie nicht in der Zwischenzeit die Streikfische in Güte aus der Welt schafft.

Aus den Fachgruppen

Dachdecker. Reichstagsvertrag verlängert. Nach wiederholten Verhandlungen ist im Dachdeckerhandwerk zwischen den beteiligten Tarifkontrahenten beschlossen worden, den Reichstagsvertrag nicht zu kündigen. Er gilt nunmehr bis zum 15. März 1934 weiter.

Vom Bau

Wettingen a. d. E. (Unfall beim Arbeitsdienst.) Zwei Arbeitsdienstler, die mit dem Heranfahren von Vorlagsteinen auf einem Rollwagen beschäftigt waren, wurden am 9. Dezember, als sich der in voller Fahrt befindliche Wagen überschlug, schwer verletzt. Einer der Arbeitsdienstwilligen wurde etwa 8 Meter in die Höhe geschleudert, ohne nennenswerte Verletzungen zu erleiden, während der zweite mit starken Querschnitten und einer Beckenverletzung vom Platze getragen wurde.

Politische Zeitnotizen

Eduard Bernstein f. Am 18. Dezember verstarb im 83. Lebensjahr einer der Vorhämper der Sozialdemokratie: Eduard Bernstein. Eduard Bernstein kam vom Bürgerum her, schloß sich nach unserm dem Sozialistengesetz der Sozialdemokratie an und wurde bald in London Gefährte von Marx und Engels. Aus Deutschland ausgewiesen, leitete er das in der Schweiz erscheinende Kampforigan der deutschen Sozialdemokratie „Der Sozialdemokrat“. Bernstein gilt als einer der Väter des sogenannten Revisionismus. Während des Krieges ging er zu den Unabhängigen, schloß sich aber als einer der ersten wieder der SPD an und gab so ein leuchtendes Beispiel für Einigkeit. Bernstein gehört mit zu jenen damals nicht sehr zahlreichen führenden Sozialdemokraten, die von Beginn an die Notwendigkeit von Oemerkchaften betonten und für sie eingetreten sind. Deutschland gleichberechtigt in der Abrüstungsfrage. Auf der Abrüstungskonferenz hat die Regierung Schleichers ihren ersten außenpolitischen Erfolg errungen. Papen hatte

feinerzeit die Konferenz verlassen, weil sie nicht Deutschlands Gleichberechtigung in der von Deutschland gewünschten Eindeutigkeit anerkennen wollte. Herr von Schleicher ist nun in die Konferenz zurückgekehrt, nachdem eine den Wünschen der deutschen Regierung genügende Gleichberechtigungsformel gefunden worden ist. Sie besteht darin, daß die Vörmächtekonferenz in Genuß eine Schutzklärung unterzeichnete, die es Deutschland ermöglichte, sofort in die Abrüstungskonferenz zurückzukehren. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Italiens, erklärten, daß einer der Grundzüge, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den andern durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet. Dieser Grundzug soll in dem Abkommen, das die Vörmächte der Abrüstungskonferenz enthält, verankert werden. Die Erklärung schließt in sich, daß die Abrüstungsbeschränkung für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müßte. Die Regierungen sind bereit, gemeinsam mit allen andern europäischen Staaten bereits noch einmal zu erklären, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Gleichzeitig verpflichten sich die fünf Regierungen, eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstung herbeizuführen und eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung anzustreben. Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz werden fortgesetzt. — Diese Gleichberechtigungserklärung wird als erster Schritt zur Revision des Versailles Diktats gewertet.

Preußen-Landtag gegen Reichskommissar. Der Preussische Landtag nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der die sofortige Einsetzung der Regierung Braun in alle Rechte verlangt, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtages notwendig sind. Außerdem wurde die sofortige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli über die Einsetzung des Reichskommissars und der Verordnung vom 18. November über die Gewaltenteilung gefordert. Die Nationalsozialisten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die Kommunisten erklärten sich — man muß sagen: „selbstverständlich“ — der Stimme. Auch sie ziehen also die Kommunistenregierung der rechtmäßigen Regierung vor.

Straßer eingeklappt. Als Gregor Straßer noch nicht bei dem großen Hof in Langade gelassen war, als er noch nicht über die Selbstbeine Josef Goebbels und über die Intrigen Görings gestolpert war, für die Nr. 51 des „Illustrierten Beobachters“ ein über viele Seiten reichender Aufsatz über Gregor Straßer, bestellte „Männer und Charaktere“, in Druck. Noch im letzten Augenblick gelang es, die Ausgabe dieser Nummer zurückzuführen. Der Artikel über Gregor Straßer war mit zahlreichen Illustrationen versehen, ein einziges Loblied auf den imzophien in Langade Gefallenen. Der Artikel durfte natürlich nicht erscheinen. Deshalb wurde die ganze Auflage des „Illustrierten Beobachters“ Nr. 51 eingeklappt und eine andere Nummer hergestellt, die den Artikel über Straßer nicht mehr enthält. Straßer ist somit in dem Braunherrscher-Ordnung verbannt, also nun seine nicht mehr farblich braune Seele im Gefängnis von Hilters Verdammnis schmort.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale beschloß den Fragen der Abrüstungskonferenz und des französischen Abrüstungsplanes mit dem internationalen Oemerkchaftsbund in Verbindung zu treten und die gemeinsame Abrüstungskommission zu einem möglichst nahen Termin zu einer Tagung einzuberufen.

Hugenberg's Anpreisungsbild mit der Reichstagsabstimmung. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion hat in einer Erklärung zur Vertagung des Reichstages ihren Unmut über die Arbeitsfähigkeit des Reichstages Ausdruck gegeben. Sie hält an dem Kurs der „autoritären Staatsführung“ fest und fährt um ihn ihren Kampf weiter. Sie wettet gegen „parlamentarische Taktik und Parteigewinn“, obwohl das ganze Streben der Hugenberg-Partei nichts anderes ist als selbstsüchtiges, egoistisches Interesse, getragen von der Profitsucht konservativer Landwirte und Großindustrieller.

Hilters Kanojagung zu Hugenberg. Die Nazispartei, die in den letzten Wochen nicht genug über die „Hugenzwerge“ und über die „feinen Leuten“ höflich konnte, hat das Wägherband angezogen und ihre Abgesandten zu Hugenberg geschickt, um ihn zu bewegen, mit deutschen Nationalisten in Preußen die Verbindung zwischen Preußen-Kabinett und Reichs-Kabinett herzustellen. Nazi-Kretz sollte sich aber bei den „feinen Leuten“ eine Abgabe. Es bestände gemeinschaft mit den Nazis. — Nach diesem Kanojagung gingen die Nazis zum Reichspräsidenten, um mit ihm über die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten zu sprechen. Dort bekamen sie zu verstehen, daß eine Aufhebung des Reichskommissariats nur in Frage komme, wenn der neue preussische Ministerpräsident — zu dem nach Straßer nun

Das weitbekannte, oft genannte, viel benutzte, immer bewährte GEG-ZÜNDHOLZ AUS EUREM KONSUMVEREIN

